

Novemberpogrom in Pankow

von *Dr. Inge Lammel von der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA Berlin-Pankow e. V.)*

Die Bezeichnung „*Kristallnacht*“, die das NS-Regime für die verbrecherischen Ausschreitungen gegen die deutschen Jüdinnen und Juden in der Nacht vom 9. zum 10. November 1938 in Umlauf setzte, war eine Propagandalüge zur Verharmlosung dieses Pogroms mit all seinen Folgen. Völlig enthemmte und gewalttätige Trupps der SA und Mitglieder der SS wüteten mit großer Brutalität im ganzen Land. Sie setzten hunderte von Synagogen, Gemeindehäusern und Friedhofshallen in Brand, verwüsteten, zerstörten und plünderten tausende jüdische Wohnungen, Kaufhäuser und Geschäfte. 91 Jüdinnen und Juden fanden den Tod, mehr als 20 000 wurden in die Konzentrationslager nach Sachsenhausen, Buchenwald und Dachau verschleppt.

Schon am 9. November waren per Funkspruch Befehle der Gestapo ergangen, die „*Aktionen*“ im Land nicht zu behindern, Archivmaterial der Synagogen sicherzustellen und 20000 bis 30000 möglichst wohlhabende Juden festzunehmen, damit diese sich freikaufen konnten. Zum Anlass genommen wurde ein von dem jungen polnischen Juden

Herschel Grynszpan am 7. November 1938 verübtes Attentat auf einen deutschen Diplomaten in der Pariser Botschaft.

Es war schon alles vorbereitet. Nun konnten die NS-Behörden zuschlagen. Nach den Tagen des Pogroms gingen sie daran, ungehindert jüdisches Vermögen und Eigentum zu beschlagnahmen und sich anzueignen. Die Wirtschaft bereicherte sich durch „*Zwangsarisierung*“ jüdischer Betriebe bis zur Vernichtung der Existenzen jüdischer Handwerker und Einzelhändler sowie durch Enteignung und Zwangsverkäufe jüdischen Wohneigentums.

In der Nordberliner Lokalzeitung „*Der Norden*“ erschien am 10. November die Siegesmeldung: „*Garbá-ty-Fabrik in arischer Hand... Äußerlich war das am gestrigen Tage bereits durch den Schmuck mit der Flagge des Dritten Reiches kenntlich.*“ Den so genannten „*Entjudungsvertrag*“ mussten die jüdischen Eigentümer der bekannten und angesehenen Zigarettenfabrik in der Pankower Berliner Straße am 9. November 1938 unterzeichnen.

Was lag dem Attentat von Herschel Grynszpan zugrunde? Ein Hitler-Er-

lass vom 28. Oktober 1938 zwang 17000 in Deutschland lebende polnische Juden, innerhalb weniger Tage das Land zu verlassen. Sie wurden an die deutsch-polnische Grenze gebracht und ins Niemandsland ausgewiesen, da die polnische Regierung zur Wiederaufnahme ihrer Bürgerinnen und Bürger, die seit vielen Jahren in Deutschland lebten, zunächst nicht bereit war. Zu ihnen gehörte auch die Familie des jungen Attentäters, der in seiner Hilflosigkeit und in seinem Zorn offenbar ein Zeichen setzen wollte.

Diese Ausweisungen betrafen auch in Pankow lebende jüdische Familien, die zumeist vor oder nach dem Ersten Weltkrieg aus Polen nach Deutschland gekommen waren, um sich hier ein besseres Leben aufbauen zu können, so die Familie Jedwab aus der Hiddenseestraße 1b und der Maximilianstraße 11, wie auch die Familie Markowicz, die mit ihren drei Jungen in der Spiekermannstraße 31 eine Schneiderei einrichtete. In beiden Fällen führten die Ausweisungen letztlich zur Vernichtung der Familienväter im KZ und, wie bei der Familie Markowicz, auch zur Einweisung in das

Warschauer Ghetto. Von beiden Familien und vielen anderen sind ausführliche Lebensberichte im Buch „*Jüdische Lebenswege*“, Berlin 2007 zu finden, das über die VVN-BdA Berlin-Pankow e.V. erhältlich ist (siehe www.pankow.vvn-bda.de).

Seit dem Machtantritt der Nazis 1933 hatten sich auch in Pankow Hitlerjugend, SA und SS die Straßen erobert. Durch die Mühlenstraße zogen sie mit brennenden Fackeln, grölten ihre Lieder und skandierten hasserfüllte antisemitische Losungen. Die Zöglinge des Jüdischen Waisenhauses in der Berliner Straße beklagten das Gegröle von Nazi Liedern der vorbei marschierenden SA und Hitlerjugend am Haus, in dem etwa 100 jüdische Jungen im Alter von 6-14 Jahren und danach als Lehrlinge betreut und ausgebildet wurden.

Der Glasermeister Fritz Selbiger in der Wollankstraße 133, beklagte das Beschmieren seines Firmenschilds mit roter Farbe und den Worten „Juda verrecke“, und an der herabgelassenen Jalousie war zu lesen: „Fahrkarte nach Jerusalem aber nicht zurück“.

Im Vorfeld des 9. Novembers kam es im Sommer 1938 zu einem Überfall auf das Waisenhaus. Noch heute berichten ehemalige Zöglinge von ihrer Angst, als eines Tages eine Horde Nazis die schweren Gitter zum Hof in der Hadlichstraße, wo zu dieser Zeit die Kinder spielten, gewaltsam aufbrachen und in das Gebäude stürmten, dabei Fenster, Räume und Möbel verwüsteten. Das dauerte so lange, bis der couragierte Lehrer Heinz Nadel mit einem kleinen Jungen auf dem Arm die Treppe herunterkam und die Eindringlinge aufforderte, das Heim unverzüglich zu verlassen. Und dann geschah das für alle Überraschende - sie zogen sich zurück (**mehrere ehemalige jüdische Zöglinge werden bei einer Veran-**

staltung am 9. November 2008, ab 13 Uhr im Jüdischen Waisenhaus über ihr Leben berichten).

Wie weit war der Bezirk Pankow von den Ausschreitungen während des Pogroms betroffen? Über Zerstörungen in dem Ausmaß wie im Zentrum Berlins oder teilweise auch in der Schönhauser Allee war hier weniger zu hören. ZeitzeugInnen berichten aber von Überfällen auf Geschäfte und Übergriffe auf deren InhaberInnen. Der Glasermeister Fritz Selbiger in der Wollankstraße 133, beklagte das Beschmieren seines Firmenschilds mit roter Farbe und den Worten „*Juda verrecke*“, und an der herabgelassenen Jalousie war zu lesen: „*Fahrkarte nach Jerusalem aber nicht zurück*“. „*Bald darauf*“, stellte er fest, „*erschien die Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus der deutschen Wirtschaft, die mir das*

Fortbestehen meines Betriebes untersagte.“ Bei dem Zigarettenladen an der Ecke Berliner-/Masurenstraße, das dem jüdischen Ehepaar Levy gehörte, wurden sämtliche Scheiben eingeschlagen. Frau Levy, eine Katholikin, führte den Laden danach allein weiter, während ihr Mann untertauchte. In der Pasewalker Straße 69 in Buchholz hatte der Schuhmachermeister James Klein sein Geschäft. In der Pogromnacht zerstörte die SA den Laden, zertrümmerte die Scheiben und warf die neu angeschafften Maschinen auf die Straße, berichtete eine Nachbarin. Das Ehepaar Klein fuhr danach „*Hals über Kopf*“ nach Frankreich, später nach Kolumbien.

Der spektakulärste Übergriff ereignete sich gegenüber dem Pankower

Rathaus, wo der bekannte und beliebte Konfektionshändler Benno Falk in der Breiten Straße 23 mit seiner Frau Dorothea ein Geschäft für Herren- und Damenkonfektion betrieb. Bereits im September 1935, unmittelbar nach Verkündung der berüchtigten Nürnberger Gesetze, wurden die jüdischen InhaberInnen Ziel von antisemitischen Anfeindungen, zu denen das Nazi-Hetzblatt „*Der Stürmer*“ mobilisiert hatte. Der Laden wurde mit roter Farbe beschmiert, die Fensterscheiben zertrümmert, er selbst wurde misshandelt, soll blutig geschlagen worden sein. Zu diesen Vorgängen liegen zahlreiche Augenzeugenberichte vor (siehe hierzu auch den Bericht des Schriftstellers Karl Grünberg in „*Jüdische Lebenswege*“). Ähnliches wiederholte sich am Tag des Pogroms, dem 9. November 1938. Der Fall hatte sehr viel Empörung, bei einigen AnwohnerInnen aber auch Sympathie hervorgerufen.

Der Pogrom hatte vielerlei Auswirkungen auf das nunmehrige Leben der jüdischen Bevölkerung. Besonders prekär wurde die Situation für die Schulbildung jüdischer Kinder. Bereits im September 1935 hatte ein Erlass des Reichserziehungsministeriums die bevorstehende „*Rassentrennung*“ an deutschen Schulen angekündigt, und nach dem Pogrom war es dann so weit: „*Juden ist der Besuch deutscher Schulen nicht gestattet. Sie dürfen nur jüdische Schulen besuchen*“ hieß es in einem neuerlichen Erlass. Man könne doch deutschen Schülern nicht zumuten, mit jüdischen Kindern in einem Klassenraum zu sitzen!

Diese sich laufend verschärfende politische Situation in Deutschland veranlasste jüdische Familien, nach Möglichkeiten und Wegen zu suchen, um ins Ausland zu emigrieren. Wem dies nicht gelang, musste mit Inhaftnahme durch die Gestapo und dem Verlust des Lebens in faschistischen Konzentrations- und Vernichtungslagern rechnen.